76. Jahrgang. Nr. 168

Sonntag, 10. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postbestellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Platzvorschrift, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausschriftige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Keine Wahlenthaltung - Klarer Entschluß!

Der Große Faschistenrat für Revision

Streichung der Tribute gefordert

Rom, 9. April. Der Große Faschistische Rat nahm in seiner gestrigen Sitzung folgende Tagesordnung an:

Der Große Faschistische Rat billigt nach einer eingehenden Prüfung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage die vom Außenminister entwickelte Tätigkeit und bekräftigt von neuem, daß es, um die Krise zu überwinden, unter der die Welt so schwer leidet, und die mehr unter politischen und moralischen, als unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten ist, notwendig ist:

1. Das Problem der Reparationen und der Kriegsschulden zu lösen, und zwar indem auf die ersteren verzichtet wird und die letzteren annulliert werden;

2. die Hindernisse für den internationalen Wirtschaftsaustausch zu beseitigen, bevor sie zu einem völligen Erliegen des Handels aller Länder geführt haben;

3. die Lage der Donau- und Balkanländer — Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland — zu regeln, die zusammen eine Bevölkerung von etwa 70 Millionen Menschen aufweisen.

4. die Bedingungen der Friedensverträge im Rahmen des Völkerbundes zu revidieren, die in sich die Ursache der Beunruhigung der Völker sind und den Keim zu neuen Kriegen bilden;

5. künftighin auf die zu zahlreichen internationalen Konferenzen zu verzichten, die immer wieder neue Hoffnungen in den Völkern erregen und stets von den schwersten Enttäuschungen begleitet sind und nur die Reibungsflächen vergrößern.

Der Große Faschistische Rat behält sich vor, auf seiner Oktobertagung das Problem der Stellung des faschistischen Italiens im Völkerbund zu überprüfen.

„Französisch-englischer Block nicht vorhanden"

Italienische Stimmen zum Scheitern der Londoner Konferenz

Rom, 10. April. Die faschistische Presse nimmt das Scheitern der Londoner Viermächtekonferenz verhältnismäßig ruhig auf, erklärt aber, daß die verneinende französische Haltung die Einigung verhindert habe. Der französische Plan sei undurchführbar. Demgegenüber bestehe eine Uebereinstimmung zwischen Italien, Deutschland und England, nachdem sich England, wenn auch erst zum Schlusse, für die italienische Auffassung entschieden habe. Es habe sich erwiesen, daß der von der französischen Presse laut verkündete französisch-englische Block nicht vorhanden sei. Italien, so schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia" unter anderem, habe nicht bereits vorher aufgestellte Pläne anderer Mächte bedingungslos annehmen können, die offenkundig im Gegensatz zu den grundlegenden Interessen Italiens und Deutschlands stehen und das europäische Gleichgewicht gefährden. Außerdem sei die Zweckmäßigkeit dieser Pläne für die Donauländer zweifelhaft. Italien habe daher darauf bestanden, daß an der Konferenz der Donaustaaten auch diejenigen Mächte teilnehmen, die die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen zum Donaubecken haben.

Der Sinn des 2. Wahlganges

Infolge des Osterburgfriedens mußten sich die kämpfenden Parteien in ihrem Ringen um den zweiten entscheidenden Wahlgang um die Reichspräsidentschaft auf eine kurze Woche beschränken. Aber der Kampf wurde dadurch nur um so erbitterter und härter und erreichte in den letzten Tagen eine Steigerung, wie man sie in Deutschland bisher nicht gekannt hatte. Denn in diesem Wahlgang fällt die Entscheidung unbedingt. Diesmal ist ja nicht, wie im ersten Wahlgang, die absolute Mehrheit zum Siege notwendig, sondern es ist der Kandidat gewählt, der die relativ größte Stimmenzahl auf sich vereinigt. Aber die Entscheidung, vor die diesmal der nationale Wähler gestellt worden ist, ist nicht geringer als beim ersten Wahlgang. Wenn man den kommunistischen Zählkandidaten Thälmann außer Betracht läßt, dann ringen immer noch zwei nationale Persönlichkeiten um den Sieg: der gegenwärtige Reichspräsident v. Hindenburg und der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler. Wiederum offenbart sich die Tragik und doch zugleich die starke Kraft der nationalen Idee. Die internationalen Mächte in Deutschland, vorab die Sozialdemokratie, fühlen sich nicht mehr stark genug, einen Mann ihrer Gesinnung aufzustellen. Sie stimmen für Hindenburg, aber nicht im Gefühl der Verehrung für den Generalfeldmarschall, sondern in ohnmächtigem Haß gegen alle Gruppen, Bünde und Parteien der nationalen Opposition. Im zweiten Wahlkampf haben sie diese Gesinnung des Hasses und, man kann wohl sagen, der Angst noch unterstrichen. Nicht einmal vor dem gemeinsten Kampfmittel, der persönlichen Verleumdung, der Lüge und selbst der Fälschungen, sind die Vertreter der Sozialdemokratie zurückgeschreckt. Wiederum verbarg man seine eigenen Sorgen hinter dem Deckmantel der Eisernen Front. Aber die laute Sprache, der rasselnde waffenklirrende Kampfesmut gegen den angeblichen Faschismus, sollte doch nur das Zähneklappern der Angst vor der eigentlichen Entscheidung übertönen, die vierzehn Tage später bei den Länderwahlen unabwendbar gegen den Marxismus und seine Trabanten fallen wird. Der Versuch der Sozialdemokratie, sich hinter den Rücken der jedem guten Deutschen verehrungswürdigen Gestalt des Generalfeldmarschalls zu verstecken, wird also mißglücken. Nicht einmal eine Verzögerung der Abrechnung mit dem Marxismus wird der Einsatz der sogenannten Eisernen Front bringen, auch wenn man noch so sehr versuchen wird, die Wiederwahl Hindenburgs als einen Sieg der eigenen Anschauungen hinzustellen und damit eine Zuversicht hinsichtlich der Preußenwahlen vorzutäuschen, mit der man selbst bei den eigenen eingeschworenen Anhängern den gesunkenen Mut nicht wiederbeleben kann, geschweige denn, daß sich aus der Masse der unpolitischen Wähler Stimmen gewinnen ließen.

Für den Reichspräsidenten v. Hindenburg ist es zweifellos tragisch, daß für ihn wiederum sechs Millionen Stimmen nicht aus Liebe, sondern aus Haß abgegeben werden. Rechnet man noch die vier Millionen Zentrumsstimmen und die Million Stimmen der Staatspartei und verwandter Gruppen hinzu, die für den Reichspräsidenten lediglich deshalb abgegeben werden, weil sich ihre Träger dadurch eine Stärkung oder Sicherung des derzeitigen Regierungssystems versprachen, dann sind im ersten Wahlgang für den werbenden Gedanken der Hindenburgkandidatur, die Idee der Volksgemeinschaft, den Gedanken der überparteilich regierten Nation, etwa sieben Millionen seiner bisherigen Wähler eingetreten. Gleichzeitig erweist es sich, daß sich im ersten Wahlgange die große Mehrzahl der nationalen Wählerschaft, fast vierzehn Millionen, der Hindenburgparole versagt haben. Man kann aber aus diesen rein rechnerischen Ergebnissen des ersten Wahlganges mit untrüglicher Sicherheit schließen, daß heute die nationale Opposition das Uebergewicht über die Linke und das Zentrum hat. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß bei Reichstags- oder Landtagswahlen eine rein nationale Regierung zustande kommen könnte, die sogar nicht einmal mehr auf das Zentrum angewiesen wäre. Diese klare Tatsache ist die wichtigste Erkenntnis aus dem ersten Wahlgang, und welchem der beiden nationalen Kandidaten im endgültigen Wahlkampf auch der Sieg zufallen wird, an dieser Tatsache wird sich nichts ändern. Die Bestätigung dafür bot bereits am 13. März das Mecklenburg-Strelitzer Wahlergebnis. Hier zeigte es sich ganz deutlich, daß die nationale Front nicht nur die Duesterberg- und die Hitlerstimmen umfaßt, sondern auch wesentliche Teile der Hindenburg-Wähler, die bei politischen Wahlen mit klarer Frontstellung sich eindeutig für den Gedanken der nationalen Opposition entscheiden. Ihnen hat nichts ferner gelegen, als ihre Stimme für Brüning und Braun abzugeben, die beiden Männer, in denen sich nun einmal das schwarz-rote Bündnis verkörpert, das bis zu den Länderwahlen in Deutschland noch tonangebend sein wird. Sie sind dem Gefühl der Treue, der Pietät und dem Glauben an die Volksgemeinschaft gefolgt, das sie in Hindenburg verkörpert sehen, der seiner ganzen politischen Welt-

Frankreichs Donauplan ist unzulänglich

Kritische Stimmen der Pariser Presse

Paris, 9. April. „Journal" erklärt zur Londoner Konferenz: Wir Franzosen werden alles in allem dieses Abenteuer nicht zu bedauern haben, wenn wir daraus die Lehre zu ziehen verstehen, für die Notwendigkeit und Möglichkeit der französisch-englischen Zusammenarbeit. „Ere Nouvelle" urteilt: Deutschland hat sich unzugänglich gezeigt, und Italien ahmte ihm nach. „Journée Industrielle" will melancholisch feststellen können,

daß jedesmal, wenn Frankreich sein Europaprogramm hervorhole, es auf Widerstand stoße.

Jetzt werde Tardieus Appell mit einer partikularistischen Forderung erwidert. „Ordre" erklärt, Deutschland werde natürlich nach dem Scheitern der Konferenz den Südslawen und Rumänen erklären: Seht, ihr habt nichts von Frankreich zu erwarten, das eure landwirtschaftlichen Produkte doch nicht kaufen kann. Kommt also zu mir! **Die französische Regierung muß die Sache ganz anders anfassen, nämlich nach Paris die Vertreter sämtlicher Länder einberufen, die militärische Abkommen mit Frankreich abgeschlossen haben, um mit ihnen gemeinsam die internationale Lage zu prüfen.**

„Quotidien" schreibt: Wir haben Deutschland einen Erfolg erleichtert, den es uneingeschränkt für sich ausschlachtet. Wir haben die Perspektive Mitteleuropas, ganz entgegen unseren Absichten, wieder in Erscheinung treten lassen. Der sozialistische „Populaire" schreibt: Die Viererkonferenz ist in Wirklichkeit erledigt.

Der letzte „große" Plan Tardieus hat das gleiche Schicksal erlebt, wie alle seine früheren Pläne.

Man konnte nichts anderes erwarten. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" erklärt, in Frankreich werde man den Mißerfolg der Konferenz Deutschland und Italien zuschreiben, und das werde nicht ganz falsch sein. Aber man dürfe nicht vergessen, wie viele Irrtümer und Ungeschicklichkeiten dem Tardieuplan zugrunde lägen. In der „Victoire" erklärt Gustave Hervé: Der Donauplan ist erledigt, da Italien und Deutschland ihn um keinen Preis wollen. Wären wir an Deutschlands Stelle, dann würden wir genau das gleiche tun.

„Liberté" erklärt, die Zukunft, wie Berlin sie zeige, sei Zusammenbruch, Chaos und Rückkehr zu den primitivsten Urzuständen der Menschheit. De Brinon versteigt sich in der „Information" zu der Behauptung, in nächster Zeit würden vermutlich drei Donaustaaten in Gefahr geraten, und es sei möglich, daß auch die Reichsmark selbst die Folgen der deutschen Politik zu spüren bekomme. Der „Temps" meint im Gegensatz zur Mehrzahl der übrigen Blätter, daß man sich vor jedem übertriebenen Pessimismus hüten müsse. Man habe kein Ergebnis erzielt, doch die Tür zu weiteren Verhandlungen bleibe offen.

In politischen Kreisen gibt man sich im übrigen der Hoffnung hin, daß der Reichskanzler Brüning nach dem deutschen Wahlkampf vielleicht größeres Entgegenkommen zeigen werde,

da er jetzt Rücksicht auf die überaus erregte öffentliche Meinung und die deutschen Nationalisten nehmen müsse. Es sei denkbar, daß die Reichsregierung ihre etwaige Nachgiebigkeit von Zugeständnissen in der Tributfrage abhängig machen werde.

„Economist" für den deutschen Standpunkt

London, 8. April. In einem ausführlichen Artikel „Die Wahrheit über die Donau" unterstützt der „Economist" aufs wärmste die deutschen Vorschläge zur Gesundung der Donaustaaten und verurteilt den französischen Plan als vollkommen unzureichend und aussichtslos. Zuerst müsse eine Aenderung der wirtschaftlichen Bedingungen der Donauländer zustande gebracht werden, bevor eine neue Anleihe, vor allem wenn es sich um den geringen Betrag von 200 Millionen Mark handele, irgendeinen weitreichenden Zweck erfüllen könne. Eine solche Anleihe würde eine rein egoistische Maßnahme der betreffenden Großmächte darstellen, um durch die vorübergehende Verhütung eines Zusammenbruches der Donaustaaten die ihnen dadurch selbst drohende Gefahr zu verhüten. Es sei vollkommen verfehlt und engstirnig, wie die Franzosen es wünschten, ohne die Fragen des europäischen Handels ins Auge zu fassen eine neue, sich selbst genügende Einheit in Mitteleuropa schaffen zu wollen. Das bedeute nur eine Verewigung der Uebel, wie sie die Friedensverträge herbeigeführt haben. Der Erfolg einer Sanierung der Donaustaaten hänge von ihren Handelsbeziehungen mit den anderen Staaten und in erster Linie mit Deutschland und Italien ab.

Tardieu spricht zu Amerika

Paris, 9. April. Ministerpräsident Tardieu gab gestern um Mitternacht einem amerikanischen Journalisten ein Interview, das durch den Rundfunk nach Amerika übertragen wurde. Tardieu suchte die französische Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu rechtfertigen. Die französischen Abrüstungsvorschläge, sagte er, seien die internationale Bilanz des sogenannten französischen Nachkriegsnationalismus. Den französischen Sicherheitsbegriff präzisierte Tardieu wie folgt: Wir fordern nicht die Gleichheit mit irgendeiner Nation der Welt zu Wasser, zu Lande oder in der Luft, sondern lediglich die Sicherheit und eine Rüstungsherabsetzung auf dem einzig möglichen Wege, d. h. durch Ausbau der Solidarität aller Nationen gegen eine Verletzung des internationalen Rechts, und die gemeinsame Aktion, um dem Recht zur Anwendung zu verhelfen. Man muß also aufräumen mit dem Märchen, daß Frankreich die Sicherheit nur für sich selbst suche. Es beabsichtigt die universelle Sicherheit.

*

Die Formulierungen Tardieus sind ein Musterbeispiel der großen französischen Kunst, mit einschmeichelnden Worten der Politik der Gewalt einen harmlosen Anschein zu geben. „Wir fordern nicht die Gleichheit" heißt: wir bekämpfen den deutschen Anspruch auf Gleichheit. Das internationale Recht, das durch alle Nationen solidarisch geschützt werden soll, sind die Friedensdiktate, die Sicherheit ist der Schutz vor Revision. Die Niederhaltung Deutschlands bleibt nach wie vor das Kernstück der Pariser Politik. Wenn Tardieu sie aber zu der Achse machen will, um die die ganze Welt sich dreht, so steht doch dem entgegen, daß auch Amerika in der Wirtschaftskrise am eigenen Leibe zu spüren bekommt, wie sehr die Willkür der Diktate den Wohlstand aller Völker vernichtet, das Gleichgewicht stört und Unruhe schafft, die nicht schwinden wird, ehe eine gründliche Revision dem natürlichen Recht der Völker auf Leben und Lebensmöglichkeit Rechnung trägt.